

Nationalfondsstudie Kindheit und Jugendzeit in der Schweiz untersucht

Strenge hemmt die Entfaltung

Kinder und Jugendliche in der Schweiz haben es nicht leicht. Erziehungsstil sowie soziale und kulturelle Herkunft geben den Ausschlag für ihren Erfolg. Zu diesem Schluss kommt eine NFP-Studie.

Für den am Dienstag vorgestellten Bericht «Kindheit und Jugend in der Schweiz» des Nationalen Forschungsprogramms 52 über Kindheit, Jugend und Generationenbeziehungen wurden in einer repräsentativen Langzeitstudie 3000 Heranwachsende und junge Erwachsene in richtungsweisenden Lebensphasen befragt: Beim Schuleintritt (mit 6), in der Pubertät (15) und beim Eintritt ins Erwerbsleben (21). Sechsjährige wurden erstmals befragt – zuhause im Beisein der Eltern und einer Lehrperson. Die Älteren gaben am Telefon Auskunft. Dabei zeigte sich, dass 44 Prozent der Sechsjährigen einem autoritären Erziehungsstil mit Forderungen und Sanktionen unterliegen. Bei den 15-Jährigen waren noch 20 Prozent einer rigiden Kontrolle unterworfen.

Die Studie weist nach, dass dieser Erziehungsstil das Ziel nicht erreicht. Solche Methoden führen zu Gesundheitsproblemen, höherem Cannabis- und Tabakkonsum, Sinnlosigkeitswahrnehmung sowie zu Suizidgedanken oder -versuchen. Besonders negative Folgen zeitigt dieser Erziehungsstil bei jungen Frauen. Gefestigte und eigenständige Persönlichkeiten werden jene Kinder, welche eine enge emotionale Beziehung zu ihren Eltern haben, Unterstützung finden und an Entscheiden teilhaben.

Diese Kinder seien weniger aggressiv, kontrollierten sich besser, hätten höhere Sozialkompetenzen und seien besser in der Schule, sagte Pasqualina Perrig-Chiello, Professorin an der Universität



Der Erziehungsstil und die Herkunft der Eltern sind in der Schweiz laut der NFP-Studie für das spätere Gelingen des Lebens entscheidend. (key)

Bern und Präsidentin der Leitungsgruppe des NFP 52. Immerhin: Die Familie in der Schweiz ist nicht tot. 80 Prozent

der rund 1,4 Millionen Heranwachsenden in der Schweiz leben zusammen mit beiden Elternteilen.

Weiter weist die Studie nach, dass die Unterschiede zwischen Knaben und Mädchen in der Freizeit fortbestehen. Sechsjährige Mädchen spielen am liebsten im Haus, die Knaben toben auf den Quartierstrassen umher. Die 15-Jährigen diskutieren zwar mehrmals monatlich soziale und politische Fragen am Familientisch, bedeutend mehr männliche Jugendliche lesen aber täglich die Zeitung.

Arm bleibt arm

Die Schule reproduziert die gesellschaftlichen Verhältnisse: So lautet ein weiterer Schluss. Jedes fünfte Kind in der Schweiz muss gemäss der Studie als arm gelten. Die Armut der Eltern rührt oft von prekären Berufsverhältnissen, die ihrerseits in einem schlechten Bildungsstand wurzeln. Diese Mischung findet sich besonders bei Alleinerziehenden und bei Migrationshintergrund. Kinder aus solchen Konstellationen sind benachteiligt; es besteht die Gefahr, dass sie die misslichen Verhältnisse erben. Da sehen die Forschenden die Politik gefordert. Die Eltern trügen die Verantwortung für ihre Kinder nicht allein.

Der Politik empfiehlt die Studie, die Kosten der familienexternen Kinderbetreuung für ärmere Familien zu senken. Die soziale Segregation der Schule könnte durch einen früheren Schuleintritt und eine spätere Selektion für die Schultypen entschärft werden.

Der Übergang in den Beruf sollte abgefedert werden. So würden Jugendliche nicht in prekären Lagen enden oder ausgegrenzt werden. Zudem fordern die Forschungsverantwortlichen weitere Kinder- und Jugendberichte im Fünfjahres-Rhythmus. (sda)

Franz Schultheis, Pasqualina Perrig-Chiello, Stephan Egger (Hg.): «Kindheit und Jugend in der Schweiz». Ergebnisse des Nationalen Forschungsprogramms «Kindheit, Jugend und Generationenbeziehungen im gesellschaftlichen Wandel». Beltz Verlag, Basel, Weinheim 2008.

Gesundheitskosten

Kosten 2007 um fast 4 Prozent angestiegen

Nach einem moderaten Anstieg vor zwei Jahren haben die Kosten in der obligatorischen Krankenversicherung im Jahr 2007 wieder stärker zugelegt. Pro Person fielen gemäss dem Bund Kosten von 2863 Franken oder 3,9 Prozent mehr als im Vorjahr an. Damals gab es lediglich einen Anstieg von 0,7 Prozent. Der Anstieg um knapp vier Prozent bewege sich aber noch immer unter dem jährlichen Durchschnitt von 4,7 Prozent seit dem Inkrafttreten des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) im Jahr 1996, heisst es in der Mitteilung des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) vom Dienstag. Der nun wieder grössere Anstieg sei auf eine Zunahme des Konsums in der Grundversicherung zurückzuführen, sagte BAG-Sprecher Daniel Dauwalder. Der Bund könne lediglich im Medikamentenbereich Einfluss auf die Kosten ausüben.

Insgesamt gaben Versicherer und Versicherte im Jahr 2007 rund eine Milliarde Franken mehr aus als im Vorjahr. Die Gesamtkosten stiegen um 4,7 Prozent auf 21,58 Mrd. Franken. Durchschnittlich waren die Kosten seit dem Inkrafttreten des KVG um jährlich 5,1 Prozent gestiegen. Eingeschlossen sind darin pro Versicherten auch durchschnittlich 419 Franken Kostenbeteiligung.

Starker Anstieg bei der Spitex

In allen Bereichen stiegen die Kosten im Vergleich zum Vorjahr an. Am stärksten legten mit 6 Prozent die Kosten bei den ambulanten Spitalleistungen zu. Nur um 1,7 Prozent nahmen die Kosten für Medikamente zu. Dafür kamen auf jede versicherte Person durchschnittlich 585 Franken. Die Arztkosten und die Kosten im stationären Spitalbereich, die zusammen fast die Hälfte der Gesamtkosten ausmachen, stiegen um 3,6 Prozent respektive 4,2 Prozent. (sda)

Internetkriminalität Ermittler und Gesetzgeber stehen vor Problemen

CVP greift die Cyber-Gangster an

Mit Aufklärung, Verboten und einem griffigeren Gesetz möchte die CVP die Jugend vor den Gefahren des Internets schützen.

Jürg Ackermann, Bern

Das Internet hat die Kommunikation auf den Kopf gestellt. Für viele Jugendliche ist das tägliche Surfen im Netz ein Ritual. Die virtuelle Welt bietet fast unendlich viele Möglichkeiten – auch für Kriminelle. Ausser Mord, Totschlag oder Körperverletzung sind viele Vergehen wie Betrug, Diebstahl oder Erpressung möglich. So geben sich in Chatrooms für Jugendliche 40-jährige Unholde als Teenies aus und bedrängen diese. Porno- und Gewaltdarstellungen sind oft nur wenige Mausklicks entfernt.

Der CVP sind diese Entwicklungen nicht mehr geheuer. Die Aneignung von Medienkompetenz solle zum Pflichtstoff in der Schule werden, forderte gestern die Walliser Nationalrätin Viola Amherd vor den Medien. Zudem hat die Partei verschiedene politische Vorstösse geplant oder bereits eingereicht, um Kinder und Jugendliche beim Surfen im Internet zu schützen. So will eine Motion von Nationalrätin Barbara Schmid-Federer (CVP, ZH) den virtuellen Kindsmisbrauch in Parallelwelten wie Chatrooms zum Straftatbestand erklären.

«Bundesrat zu zaghaft»

Norbert Hochreutener verlangt vom Bundesrat einen Gesetzesvorschlag, welcher den Verkauf von Killerspielen an Kinder und Jugendliche verbietet. «Die allgemeine Formulierung der Strafbestimmungen erschweren die Beweis-

führung im Prozess», sagte der Berner CVP-Nationalrat. Bis heute gebe es keine verpflichtenden gesetzlichen Grundlagen, welche den Verkauf von Spielen mit grausamer Gewaltdarstellung regeln. «Der Bundesrat ist zu zaghaft», sagt Hochreutener. Er gebe sich nicht mit der Erklärung zufrieden, der Schutz vor Gewaltdarstellungen sei einfach Sache der Kantone. Das eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) sah unter der Führung von Christoph Blocher keinen Handlungsbedarf. Auch unter Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf ist vorerst keine Trendwende in Sicht. Das findet der St. Galler Staatsanwalt Thomas Hansjakob (SP), ein Spezialist für die Bekämpfung von Internetkriminalität, richtig so. «Es ist relativ fantasielos, alle gesellschaftlichen Probleme mit dem Strafgesetz lösen zu wollen.» Ein neues Gesetz mache nur Sinn, wenn auch mehr Personal für die Strafverfolgung zur Verfügung gestellt werde. Hansjakob weist darauf hin, dass sich die Strafverfolgung in der virtuellen Welt als schwierig gestalte. Denn die Provider, welche die strafbaren Inhalte vertreiben, sind meist in

Ländern, wo die Gesetze und die Strafverfolgung lascher sind – und damit für die Schweizer Polizei unerreichtbar. Im Gesetz sauber zu umschreiben, was genau grausame Gewalt darstelle, sei eine fast unmögliche Aufgabe, ohne die grundsätzliche Kunst- und Meinungsfreiheit zu tangieren, sagt Hansjakob. «Die Forderungen tönen gut, in der Praxis aber wird es schwierig.»

Ähnlich skeptisch ist der Zürcher Medienpsychologe Daniel Süss: Dass man Grenzen ziehe, sei sinnvoll, aber man dürfe nicht erwarten, dass damit die Angebote den Jugendlichen nicht mehr zugänglich seien. Süss weist darauf hin, dass die Forschung zeige, dass es keinen direkten Zusammenhang zwischen dem Konsum von Killerspielen und der Ausübung von Gewalt gebe – ausser bei bestimmten Risikogruppen. «Medienkompetenz in den Schulen noch stärker einzubauen, ist aber sinnvoll und notwendig. Es gehört zur Alphabetisierung in einer Mediengesellschaft.»

Umstrittenes Urteil

Für Kopfschütteln hat in diesem Zusammenhang kürzlich ein Urteil des Bundesgerichts gesorgt. Der Grund: Um die Belästiger im Internet zu stellen, gehen in Kantonen wie Zürich die Polizisten unter falscher Identität selber ins Netz. Rechtlich sind ihnen aber die Hände gebunden, wie die Richter in Lausanne in ihrem Urteil bestätigten. Für verdecktes Ermitteln ist eine Bewilligung nötig, welche die Polizei nur erhält, wenn ein konkreter Verdacht vorliegt. Auch Staatsanwalt Hansjakob bringt für diesen Entscheid wenig Verständnis auf. «Wenn man dieses Urteil weiter denkt, wären selbst verdeckte Kontrollen zur Einhaltung des Jugendschutzes beim Verkauf von Alkohol nicht mehr möglich.»



Bis heute gibt es keine Gesetze, die den Verkauf von Killerspielen regeln. (key)

Aussenpolitik

Keine Einladung an Bin Laden

Aussagen der Aussenministerin bei der Botschafterkonferenz sorgten gestern international für Aufregung. Das EDA beschwichtigt.

Micheline Calmy-Rey sorgt wieder einmal für rote Köpfe. Verschiedene internationale Nachrichtenseiten im Internet kolportierten gestern, die Schweizer Aussenministerin wolle Osama bin Laden treffen und zum Gespräch einladen. Die Schweiz sei deshalb das erste demokratische Land, das sich mit einem Terroristenführer an den Tisch setzen wolle. Es war die französische Tageszeitung «Le Monde», die gestern darüber berichtete. Darauf sah sich das Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) am Nachmittag veranlasst, die Sache richtigzustellen: «Die EDA-Vorsteherin hat niemals gesagt, dass sie einen solchen Dialog gutheissen würde, und sie hat einen solchen Dialog auch nie vorgeschlagen.» Und: «In der Praxis steht es für das EDA ausser Frage, einen Dialog mit Osama bin Laden zu führen.»

Tatsächlich scheint die ganze Angelegenheit, die auch von Schweizer Internetmedien gestern massiv aufgebauscht wurde, ein Sturm im Wasserglas zu sein. Ausgangspunkt bildete die Rede von Calmy-Rey anlässlich der Botschafterkonferenz vom Montag. Sie skizzierte darin, wie bereits in der «NZZ am Sonntag», die Möglichkeiten und Grenzen der Schweizer Diplomatie. Sie lobte dabei die Chancen des Dialogs und die Chance, als neutrales Land einen Dialog in internationalen Konfliktsituationen herbeizuführen. Und sie stellte rhetorisch die Frage: «Sollen wir den Dialog suchen, ohne zu unterscheiden, auch wenn das bedeutet, mit Osama bin Laden an einem Tisch zu sitzen? Was sollen wir mit Menschen, Gruppen und Staaten tun, die gegen das Völkerrecht und dessen Grundsätze verstossen? Wer ist ein Terrorist? Wer ist ein Freiheitskämpfer? Welche Mittel sind erlaubt bei der Verfolgung politischer Interessen, welche nicht?» Auf Bin Laden kam Calmy-Rey in ihren Ausführungen, die letztlich auch dazu dienten, ihre bisherige, teils umstrittene Aussenpolitik zu rechtfertigen, gar nicht mehr zurück. Vielmehr hielt sie fest, dass stets «sorgfältig geprüft» werden müsse, mit wem man spreche und was es bringe: «Selbstverständlich dürfen wir uns nicht einfach zu Advokaten des Dialoges immer und überall machen.» Und: «Bevor wir zu handeln beginnen, müssen wir die Risiken kalkulieren und uns selbst die harten Fragen stellen: Ist eine Situation reif für einen Dialog oder nicht, besteht eine wirkliche Opportunität?» (mob)

In Kürze

Steuer für Grenzgänger

Lucano. Die Tessiner SVP will die Grenzgänger zur Kasse bitten, um den Finanzhaushalt des Südkantons wieder ins Lot zu bringen. Die 42000 italienischen Pendler sollen pro Monat eine Steuer von je fünfzig Franken entrichten, fordert die SVP. Damit würden jährlich rund 25 Millionen Franken in die Kassen des Kantons fliessen. Die SVP sieht in der Grenzgängersteuer eine Alternative zu den Sanierungsplänen der Tessiner Kantonsregierung. Diese will unter anderem die Immobiliensteuer erhöhen.

Leutenegger wirbt für Uri

Aldorf. FDP-Nationalrat Filippo Leutenegger und Filmemacher Fredi M. Murer sollen für den Kanton Uri werben. Sie gehören zu den 38 neuen «Botschaftern» – 29 Männer und 9 Frauen –, die vom Regierungsrat ernannt worden sind. Das «Botschafternetz» wurde 2004 ins Leben gerufen. Man wollte Persönlichkeiten gewinnen, die gewillt waren, «mit Herzblut» einen Beitrag und Goodwill für den Gotthardkanton zu leisten. Die Regierung will damit das wirtschaftliche Schattendasein überwinden. (sda)